

Presseaussendung

Kärnten droht Hauptopfer der Gesundheitsreform zu werden
Auch Kärntner Ärztekammer kritisiert Reformpläne und demokratiepolitische Unkultur

Auch die Kärntner Ärztekammer schließt sich der Kritik der österreichischen Ärztekammer an der geplanten Gesundheitsreform an. „Kärnten droht sogar ein Hauptopfer der Umbaupläne zu werden“, warnte der Präsident der Kärntner Kammer, Dr. Josef Huber bei einer Pressekonferenz am Dienstag.

Er kritisiert die demokratiepolitische Unkultur, mit der die Änderungen konzipiert werden. „Hinter verschlossenen Türen ohne Dialog mit den Betroffenen. Die Politik brauche sich daher nicht wundern, wenn die spärlichen Informationen, die aus ihren Geheimzirkeln dringen, entsprechend interpretiert würden. Wer verbessern will, braucht nichts verbergen. Nur wer verschlechtern und das nicht einbekennen will, geht so vor.“

Warum besonders Kärnten empfindlich getroffen werden kann, begründet Huber so: „Das hängt mit der ungünstigen demographischen Entwicklung unseres Landes zusammen. Wir haben einen größeren Anteil an älteren Menschen und gleichzeitig beklagen wir die Abwanderung vieler junger Menschen. Diese Ausgangsposition bedeutet, dass in Kärnten mehr Gesundheitsleistungen notwendig sind als im Österreichschnitt. Je älter eine Gesellschaft, desto mehr Gesundheitsangebote sind erforderlich. Wenn in Zukunft alle Angebote in den Spitälern und bei den niedergelassenen ÄrztInnen von einer zentralen Zielsteuerungskommission geplant werden, befürchten wir, dass die regionalen Bedürfnisse nicht mehr beachtet werden. In Wien könne man nicht beurteilen, was im Mölltal oder im Metnitztal benötigt wird.“

Wenn bundesweit bis 2016 3,4 Milliarden Euro weniger als geplant ausgegeben werden dürfe, entfalle auf Kärnten ein Anteil von ca. 225 Millionen Euro. „Das würde bedeuten, dass die Landesspitäler in vier Jahren ca. 135 Millionen Euro sparen müssten - ein Jahresbudget des LKH-Villach - und die Gebietskasse sollte ca. 90 Millionen Euro weniger ausgeben. Eine Summe, die die Kasse derzeit pro Jahr für alle ihre Vertragsärzte ausgibt“, rechnet Huber vor.

Der Sprecher der Kärntner Spitalsärzte Dr. Ingo Kager hält dies für untragbar. „Meine Kollegen arbeiten heute schon am Limit. Denn in Kärntens Spitälern sind laut einer bundesweiten Statistik des Gesundheitsministeriums die wenigsten Ärzte beschäftigt. Ihnen wird die höchste Leistungsdichte im Bundesvergleich abverlangt.“

Den Kärntner Spitalsärzten können jedenfalls keine zusätzlichen Belastungen aufgebürdet werden. Dr. Kager befürchtet daher, dass längere Wartezeiten und womöglich Leistungsrationierungen, wie z.B. keine Operationen mehr für bestimmte Patienten, drohen, wenn die Reform so kommt wie angekündigt.

- 2 -

Vor erheblichen negativen Auswirkungen auf den niedergelassenen Bereich warnt der Sprecher der Kärntner Hausärzte, Dr. Gert Wiegele.

Hält die GKK den vorgesehenen „Kostendeckel“ ein, müsste die Zahl der Kassenärzte in Kärnten reduziert werden. Das würde vor allem die Bevölkerung am Land zuerst empfindlich spüren. Weitere drohende Konsequenzen sind laut Wiegele: „Patienten werden länger warten und gewisse Leistungen werden von der Kasse nicht mehr bezahlt. Womöglich wird man die ohnehin reduzierten Kostenersätze für Wahlärzte herabsenken oder sogar ganz streichen, sodass die Patienten für diese Alternative noch höhere Eigenbeiträge leisten müssen.“

Ein absolutes No-Go für die Ärztekammer sei der geplante Eingriff in die ärztliche Therapiefreiheit durch die vorgesehenen verpflichtenden staatlichen Behandlungsrichtlinien. „Wenn die Reformpläne realisiert werden, darf der niedergelassene Arzt nicht mehr jene Therapie verordnen, die er für richtig und angesichts der Krankheit des Patienten für notwendig hält, sondern er darf nur mehr das verordnen, was die Zentrale in Wien für bestimmte Krankheitsarten vorgibt,“ führt Wiegele aus. Ärzte würden zu Vollzugsorganen einer vom Staat dirigierte möglichst preisgünstigen Medizin degradiert.

Wiegele sieht die Gefahr, dass niedergelassene Ärzte langfristig überhaupt verdrängt werden sollen. In Kärnten sei derzeit eine Änderung des Krankenanstalten-Gesetzes in Begutachtung, der zufolge Spitäler neue ambulante Einrichtungen, wie z. B. die Polikliniken in der Ex-DDR gründen dürfen, wobei niemand weiß, wie die ohnehin total überlasteten Spitalsärzte diese Zusatzaufgaben bewältigen sollen.“

Für die Ärztekammer für Kärnten:

Der Kurienobmann der
angestellten ÄrztInnen:

Vizepräs. Dr. Hans Ingo Kager e.h.

Der Kurienobmann der
niedergelassenen ÄrztInnen:

Dr. Gert Wiegele e.h.

Der Präsident:

Dr. Josef Huber e.h.

Klagenfurt, 13. November 2012